

KURZ UND PRÄGNANT

Kein Abbau von Standards in Kitas

Die Qualität der Betreuung in den Thüringer Kindertagesstätten ist erneut Thema im Landtag. Nach Äußerungen von Ministerpräsidentin Christine Lieberknecht, dass es in der Familienpolitik „keine Fixierung auf Betreuung“ geben dürfe, und den gleichzeitig bekannt gewordenen Überlegungen von Finanzminister Wolfgang Voss zu Einsparungen insbesondere beim Kita-Personal hatte der Fraktionsvorsitzende der LINKEN, Bodo RameLOW, von einem Skandal gesprochen und betont:

„Wenn die Landesregierung jetzt tatsächlich an der Bildung und Betreuung unserer Kinder sparen will, dann hat sie endgültig jeden Realitätssinn verloren. Wenn unsere gut ausgebildeten Erzieherinnen durch Sozialassistentinnen ersetzt werden sollen, werden mühsam erreichte Qualitätsstandards zerstört, für die Eltern in Thüringen jahrelang gekämpft haben. Zudem wäre es für die Beschäftigten in den Kitas, die heute schon vergleichsweise wenig verdienen, eine Zumutung, wenn das Lohnniveau in den Einrichtungen noch weiter gesenkt werden soll. Wir werden der CDU nicht durchgehen lassen, dass sie die Zukunftsfähigkeit des Freistaates wegrationalisiert.“ ■

Mentalitätswechsel bei Unternehmern

Die Landesvorsitzende der LINKEN und bildungspolitische Sprecherin der Linksfraktion im Landtag, Susanne Hennig, hat die Thüringer Unternehmer zu einem „Mentalitätswechsel“ aufgerufen. In Reaktion auf die erneute Kritik von Industrie- und Handelskammern an dem in der Koalitionsvereinbarung von CDU und SPD festgelegten Bildungsurlaubsgesetz erklärte die LINKE-Politikerin:

„Es wird höchste Zeit, dass erkannt wird, dass die Strategie der niedrigsten Kosten mittel- und langfristig auch aus Sicht der Thüringer Unternehmen falsch ist.“ Thüringen sei eines von vier Bundesländern ohne Bildungsurlaubsanspruch für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.

„Zudem sind wir das Schlusslicht bei der Entlohnung. Kein Wunder, dass nach wie vor täglich dreißig bis vierzig meist junge, gut ausgebildete Menschen unser Bundesland verlassen. Wir brauchen einen Mentalitätswechsel bei den Unternehmen und ihren Verbänden hin zu einer gemeinsamen Anstrengung, in Thüringen attraktive Arbeitsbedingungen zu schaffen und Menschen hier zur Familiengründung und zur beruflichen Zukunft einzuladen.“ ■

Vorhaben stehen im Internet zur Diskussion

Linksfraktion veröffentlicht auf thueringen-fair-aendern.de 66 konkrete Politikziele

Mit einem digitalen Dialogprozess hat die Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag das Jahr 2014 begonnen. Unter dem Slogan „Thüringen fair ändern“ werden auf der gleichnamigen Webseite 66 politische Vorhaben vorgestellt, mit denen Thüringen zukunftsfähig gestaltet werden soll.

Das Besondere dabei ist die Anordnung der Vorschläge in einer Themenmatrix, bei der alle wichtigen Politikbereiche jeweils miteinander verknüpft sind. Diese bildliche Vernetzung beschreibt auch den Kerngedanken des Projekts: In einem kleinen Bundesland mit großem Potenzial sollten alle Felder bestmöglich verzahnt sein, um dem Land eine gute Entwicklung zu ermöglichen.

Die grafische Umsetzung sieht vielleicht auf den ersten Blick etwas kompliziert aus, ist aber ganz einfach zu verstehen: Die Matrix funktioniert wie früher in der Schule die Umrechnungstabellen. Oben und an der linken Seite können zwei Themen ausgesucht werden und deren Schnittpunkte lassen sich dann anklicken.

Jeder Schnittpunkt steht für ein Politikziel:

- Soziales Thüringen
- Gute Bildung für alle von Anfang an
- Thüringen 2.0 – überall digital und sicher

- Lebenswert – auf dem Land und in der Stadt
 - Ganzheitlicher, nachhaltiger Tourismus
 - Mobilität – Gleiche Teilhabe und Inklusion
 - Thüringer Energierevolution
 - Kulturland Thüringen
 - Gelebte Demokratie
 - Moderne Verwaltung – Stärkung des Öffentlichen
 - Vielfalt leben – Rassismus und Ausgrenzung entgegenreten
- Die auf der Internetseite thueringen-fair-aendern.de

blickend hat sich die Anstrengung gelohnt: Es sind 66 konkrete Vorschläge entstanden, die nicht nebeneinander gedacht werden, sondern alle aufeinander abgestimmt sind.

Von den mehreren dutzend Kommentaren, die bisher auf der Seite hinterlassen wurden, beziehen sich viele auf die Vorhaben zur Bildungspolitik. Angemahnt haben die Besucher beispielsweise, dass im Schulbereich ein großer Bedarf hinsichtlich der Modernisierung von Schulgebäuden besteht. Dabei soll berücksichtigt werden, dass

eine bessere technische Ausstattung der Schulen auch mit Weiterbildungen für die Lehrerinnen und Lehrer einhergehen muss. Auch die Frage der Inklusion beschäftigt die Menschen. So gibt ein Lehrer aus Ei-

senach zu bedenken: „Der Weg der Inklusion muss behutsam und personell sowie konzeptionell unteretzt begangen werden.“

Alle eingegangenen Kommentare werden von den Abgeordneten der Linksfraktion gesichtet. Eine erste Auswertung der Diskussionsbeiträge soll Anfang April erfolgen, damit die Hinweise dann in der Arbeit der Fraktion berücksichtigt werden können.

Frank Schenker ■



fair-aendern.de präsentierten Vorschläge sind das Ergebnis eines mehrmonatigen Arbeitsprozesses der gesamten Linksfraktion, bei dem die Vernetzung verschiedener Themenbereiche im Vordergrund stand. Das Zusammendenken von ganz unterschiedlichen Ansätzen, wie der sozialen Gerechtigkeit, der Energiepolitik, Bildungsgerechtigkeit, öffentlicher Nahverkehr und Tourismusentwicklung, stellte auch die Abgeordneten mitunter vor Herausforderungen, aber zurück-

Unterstützung für Thüringer Arbeitslosenparlament

Am 18. Februar beging das Thüringer Arbeitslosenparlament sein 15-jähriges Jubiläum. Auf Einladungen der Fraktionen DIE LINKE, SPD und Grüne fand dieses wiederum im Thüringer Landtag statt.

Dazu erklärte Ina Leukefeld, arbeitsmarktpolitische Sprecherin der Linksfraktion: „DIE LINKE unterstützt die Selbstorganisation von Erwerbslosen seit Bestehen des Arbeitslosenparlamentes. Es ist wichtig, dass es dieses Forum zum gegenseitigen Austausch gibt, auch um die herrschende Politik mit den Stimmen der Betroffenen zu konfrontieren.“

Die 34. Sitzung des Thüringer Arbeitslosenparlamentes, das mit über 200 Erwerbslosen tagte, formulierte Wahlprüfsteine für die anstehenden Kommunal-, Europa- und Landtagswahlen. In der Beratung wurde eingehend auf die Notwendigkeit guter Arbeit, existenzsichernder Löhne und einer Rückkehr zu öffentlicher Beschäftigung als zentraler Säule aktiver Arbeitspolitik gedrängt. „DIE LINKE teilt die Auffassung des Thüringer Arbeitslosenparlamentes, dass wir endlich wieder öffentliche Beschäftigung im Ge-



meinwohlbereich fördern müssen. Die Bedarfe sind da, wie insbesondere auch der Aufschrei von Trägern und Kommunen angesichts der Einstellung von Bürgerarbeit und Bundesfreiwilligendienst zeigt. DIE LINKE setzt hier auf ein erweitertes Konzept. Leider schaffen weder Bürgerarbeit noch Bundesfreiwilligendienst existenzsichernde Beschäftigung, die für ein würdevolles Leben ohne Hartz IV notwendig ist. Deshalb stellen wir unser Konzept des Öffentlichen Beschäftigungssektors

zur Diskussion, mit dem wir bis zu 5.000 öffentliche Arbeitsplätze schaffen wollen“, erläuterte Ina Leukefeld. Sie gratulierte dem neu gewählten Präsidenten des Thüringer Arbeitslosenparlamentes, Hans-Günther Heymburg, herzlich zu seiner Wahl. „Ich wünsche Ihnen für Ihre Arbeit viel Erfolg und immer ein offenes Ohr der Politik. DIE LINKE wird wie bisher an Eurer Seite stehen und Eure Forderungen konstruktiv diskutieren und parlamentarisch begleiten.“ ■